

Einen politisch-diplomatischen Ausweg aus dem Terrorismus-Dilemma finden!

Zusammenfassung

Der islamistische Terrorismus als die „neue globale Bedrohung“ und die Notwendigkeit einer Anti-terror-Strategie zu seiner Vernichtung sind zur zentralen Legitimation und Leitargumentation der westlichen Mächtezentren zur Begründung der Unausweichlichkeit ihres interventionistischen Strategiewechsels in der internationalen Politik geworden. In der vorrangig militär- und sicherheitspolitischen Orientierung der Antiterror-Strategie der westlichen Bündnisse bündeln sich die reaktionären Tendenzen, die deren internationale Politik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes zunehmend prägen.

Die Antiterror-Strategie hat die internationale Lage verschlechtert, ohne die Ursachen des Terrorismus auszuräumen. Sie hat weder die gewünschten, pazifizierenden Resultate herbei-, noch das Verhältnis zwischen dem Westen und der islamischen Welt aus seiner tiefen Sackgasse herauszuführen vermocht. Es besteht sogar die Gefahr einer weiteren Internationalisierung der Krise um den Terrorismus und ihrer Ausweitung auf die europäischen Straßen.

Spätestens das Eingeständnis der Bush-Administration, dass die für die völkerrechtswidrige Aggression gegen die Republik Irak vorgegebenen Gründe – irakische Massenvernichtungswaffen und Unterstützung von Al-Kaïda – falsch sind, fordert zu einer gründlichen, kritischen Revision der bisherigen Strategie heraus.

Zugleich gilt es, alternative Initiativen zu entwickeln, die aus dem doppelten Dilemma von islamistischem Terrorismus und militaristischer Antiterrorstrategie herausführen. Dabei müssen zwei Aspekte im Vordergrund stehen:

1. Das Erfordernis, die Dominanz militärischer Mittel durch ein umfassendes Konzept zur Regelung des Konfliktes zu überwinden, welches politisch-diplomatische, sicherheitspolitische und entwicklungspolitische Maßnahmen ausgewogen miteinander verbindet. Das unmittelbare Ziel eines solchen Konzeptes muß die schnellstmögliche Überwindung des Kriegszustandes und der Übergang zur friedlichen Krisenbewältigung mit zivilen Mitteln sein. Pragmatisch sind erste positive Ergebnisse anzustreben, wofür kurzfristig Maßnahmen einzuleiten sind. In erster Linie ist das Schwergewicht auf nicht-militärische Handlungsdimensionen zu verlagern, wofür vor allem ein politisch-diplomatisches Instrumentarium entwickelt werden sollte.

2. Die Demonstration europäischer Bereitschaft zu einem „Neuanfang“ im Verhältnis zur islamischen Welt. Ein solcher Neuanfang sollte auf dem Willen beruhen, unseren unterschiedlichen Zivilisationen eine gemeinsame, gleichberechtigte Perspektive zu zuerkennen. Er sollte sich weiter von der Prämisse leiten lassen, dass Stabilität im Verhältnis zwischen den muslimischen Nachbarregionen

und Europa zukünftig nur durch die Respektierung der Integrität der Zivilisation des Anderen sowie der Unterschiedlichkeit seiner Gesellschaften und ihrer politischen Systeme möglich ist. Das bedeutet zwar den Verzicht auf Missionarismus, nicht aber die Aufgabe von Werten und Prinzipien. Es kommt auf den Aufbau von Beziehungen an, die auf Kooperation und Koexistenz beruhen. Solche zu gestalten, hat Europa aus dem KSZE-Prozeß reiche Erfahrungen.

Inhalt:

I. Die Antiterrorstrategie als Brennpunkt	S. 4
II. Bisherige Bilanz der Antiterror-Strategie	S. 5
III. Wege aus der Krise – alternative Überlegungen	S. 7
IV. Friedensbewegung, Terrorismusdilemma und Friedensfrage	S. 8
Anhang: Vorschläge für einen Paradigmenwechsel, neue politische Prioritäten und Handlungsweisen	S. 10

Die Friedensfrage auch in Bezug auf das Finden eines Auswegs aus dem Terrorismus-Dilemma zu stellen, wird mehr und mehr zu einer Kernfrage für die europäische Linke und die Friedensbewegung. So richtig und wichtig es war, dass sie sich vom Krieg der Bush-Administration im Irak distanzierte, für die Suche nach einem Ausweg aus dem Dilemma des Konfliktes um den Terrorismus reicht das nicht mehr aus.

Der europäischen Linken und der Friedensbewegung fehlen *gegen* die Legitimationslüge der Antiterror-Strategie nicht nur massenwirksame Argumente. Es mangelt ihr auch an einem zivilen, alternativen Konzept für die Prävention einer Ausweitung des zivilisatorischen Konfliktpotentials, welche die militaristisch geprägten Strategien der westlichen Allianzen provozieren werden. Das rechtzeitige Austreten der Funken eines gewaltsamen Konfliktes zwischen den europäischen und islamischen Zivilisationen ist nicht nur von immenser internationaler und innenpolitischer Tragweite. Es würde auch die demagogische Legitimations- und Argumentationskonstruktion angreifen.

Bei allen zu unterstützenden, friedensdienlichen Ansätzen in einigen europäischen Regierungen ist von diesen aus unterschiedlichen Gründen nicht zu erwarten, dass sie allein einen Ausweg aus der Regelungskrise finden oder einen solchen suchen. Sie werden den Terrorismus und die darauf begründete Argumentationshoheit für ihren interventionistischen Strategiewechsel nicht freiwillig aus der Hand geben. Dazu bedürfen sie des alternativen Drucks der europäischen Linken und der Friedensbewegung.

Die folgende Einschätzung versteht sich als Diskussionsgrundlage. In einer Kurzeinschätzung bilanziert sie die bisherigen Ergebnisse der Antiterrorstrategie und unterbreitet erste Handlungsvorschläge, die eine Anlage vertieft.¹

I. Die Antiterrorstrategie als Brennpunkt

Trotz des Desasters der Aggression gegen Irak, der in Afghanistan verfahren bleiben den Lage, der Gewaltspirale im Tschetschenienkonflikt, der permanenten Insubordination islamistischer Gruppen in anderen Kaukasusregionen sowie gegenüber den autokratischen, säkularen Regimes Zentralasiens halten die westlichen Bündnisstaaten, die Russische Föderation und andere Teilnehmer an der USA-Koalition an der vorrangig militär- und sicherheitspolitischen Orientierung der Antiterror-Strategie fest.

Es fällt inzwischen nachgerade schwer, sich NATO und WEU, GASP und neue deutsche verteidigungspolitische Richtlinien, Bundeswehr, Regierungen und sogar die Verteidigungsindustrie noch ohne Terrorismus vorzustellen. Sie alle haben sich in der „Bedrohung durch den internationalen *islamistischen* Terrorismus“ eingerichtet, weil sie in einem solchen Ausmaß multifunktional nutzbar ist, wie es zuvor nur die „Bedrohung durch den internationalen Kommunismus“ ermöglichte.

„Der Kampf gegen den Terrorismus ist eine riesen Daueraufgabe“, erklärte Schäuble am 5. Februar 2004 in der Fernsehdiskussion „Berlin Mitte“. Schily charakterisiert den Terrorismus als „eine epochale Bedrohung“, der wir für „lange Zeit ausgesetzt“² sein werden. Die Bedrohung wird von ihm auf eine Stufe mit „Nationalsozialismus, Faschismus und Stalinismus“³ gestellt. Die CDU schätzt ein, „dass an die Stelle des Ost-West-Konflikts eine Auseinandersetzung um die zivilisatorischen Werte getreten ist, auf die sich eine globale Ordnung stützen muss“.⁴ Das impliziert, dass einer neuen globalen Ordnung die zivilisatorischen Werte des Westens zu Grunde zu legen seien, was den Westen zu globaler Intervention zur „Ordnung der Welt“ gleichsam berechtigt. Damit ist ein nicht nur für die islamische Welt hochprovokanter programmatischer Strategieansatz geboren worden, der danach trachtet, das Ringen um eine neue internationale Ordnung einseitig zugunsten des westlichen Teils der Weltgemeinschaft zu entscheiden. Dieser Ansatz provoziert schicksalhafte Fragen, ohne sie zu beantworten: Führen uns derartige Bewertungen und Orientierungen in einen neuen, weltweiten Antagonismus? Diesmal zwischen Zivilisationen?

Für die Bush-Administration und die europäischen Staaten, aber auch die Russische Föderation, wurde die Antiterror-Strategie zum Austragungsrahmen von Rivalitäten um die Bestimmung des Charakters einer neuen internationalen Ordnung und den jeweiligen Einfluß in dieser bzw. in der EU. (Die Stichworte hierzu lauten uni- oder multipolare Ordnung, Uni- oder Multilateralismus, neue strategische Partner- oder Gegnerschaften im transatlantischen bzw. euro-asiatischen Raum, alte und neue Europäer.) In strategisch wichtigen Regionen des euro-asiatischen Raums, so an den Grenzen zu China, Afghanistan und Iran wurden militärische Einrichtungen und Basen geschaffen. Parallel dazu ist die Antiterrorstrategie Vehikel für das Umsetzen wirtschaftlicher Interessen, so bei der Kontrolle von Erdölressourcen, und als Impulsgeber für den militärisch-industriellen Komplex.

¹ Das Material wurde unter Federführung von Dr. Arne C. Seifert, Botschafter a.D. und Konsultant der RLS, erarbeitet.

² Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 21. März 2004, Nr. 12, S. 7

³ Ebenda

⁴ Zum Jahrestag des 11. September, Beschluss des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands, 9. September 2002, S. 2

Vieles spricht dafür, dass hier die eigentlichen Motive des Strategiewechsels zu suchen sind, denen die neue Art von Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus zu pass kam. Für jenen, erstmals im Kontext der Kosovo-Intervention praktizierten interventionistischen Strategiewechsel in der internationalen Politik des Westens gab es keine zugkräftigere Legitimation als die, welche der Terrorismus⁵ in seiner Kombination von asymmetrischer Kampfweise, Islamismus und „Bedrohung der westlichen Zivilisation“ lieferte. Erst diese Kombination verschaffte den westlichen Bündnissen die nationale und internationale Argumentationshoheit, um die Unvermeidlichkeit ihres interventionistischen und militaristischen Kurswechsels öffentlichkeitswirksam darzustellen.

Wegen seiner zentralen Rolle streben die westlichen Zentren auch keinen Ausweg aus jener neuen Art von zivilisatorischem Konflikt an. Sie weichen einer Bilanz der bisherigen Ergebnisse ihrer Strategie aus. Sie fällt eindeutig negativ aus.

II. Bisherige Bilanz der Antiterror-Strategie

In Europa wurden mit der Begründung der Abwehr von islamistischem Terrorismus qualitative Veränderungen in den internationalen Strategien der westlichen Bündnisse und innenpolitisch beim Abbau demokratischer Errungenschaften eingeleitet, welche Europas demokratische Distinktion aufs Spiel stellen:

1. Der Krieg wurde als Mittel der internationalen Politik rehabilitiert. Dafür zeugen vor allem die Veränderungen in den westlichen Militärdoktrinen nach dem 11. September 2001 und ihre Ausführung. Die Rückkehr zum Krieg als Mittel der Politik gefährdet die wichtigste Lehre Europas aus zwei Weltkriegen und unterspült die blutigen, schwierigen Erkenntnisfundamente des europäischen Weges zu nationaler und internationaler Demokratie. Wenn es im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus tatsächlich um die Verteidigung unserer Zivilisation und ihrer demokratischen Errungenschaften geht, dann dürfte gerade die Rückkehr zum Krieg als Mittel der Politik nicht zugelassen werden.

2. Im Sog der Dominanz militärischer Mittel formen sich Tiefenwirkungen, die Charakter und Selbstverständnis auch internationaler Politikinstrumente grundlegend zu verändern drohen. Der Einsatz der NATO in Afghanistan und anderen asiatischen und afrikanischen Regionen sowie der weltweite Interventionsanspruch der Europäischen Sicherheitsstrategie verwandeln die westlichen Militärbündnisse in kollektive internationale „Ordnungshüter“. Es ist abzusehen, dass sie in der „nicht-westlichen Welt“ als „Fremdenlegion“ und „Besatzer“ angesehen werden. In diesen Verruf könnten auch die Vereinten Nationen geraten, wenn die westlichen Veto-Mächte des Sicherheitsrates im Rahmen ihrer Strategie fortfahren, die UNO nach ihren jeweiligen Interessen zu instrumentalisieren.

3. Die Verteidigungspolitik der westlichen Bündnisse scheitert militärisch. Im Widerstand in Irak und Afghanistan stößt die Strategie, die vermittels Hightech-Krieg und militärischer „Enthauptung“ gegnerischer Führungen politische Ziele zu verwirklichen trachtet, an ihre Grenzen. Ohne Bodentruppen und die Installierung von Marionettenre-

⁵ verquickt mit anderen Konfliktursachen, als welche das strategische Konzept der NATO von 1999 aufgezählt: „Ethnische und religiöse Rivalitäten, Gebietsstreitigkeiten, unzureichende oder fehlgeschlagene Reformbewegungen, die Verletzung von Menschenrechten und die Auflösung von Staaten“, „wirtschaftliche Not, Zusammenbruch politischer Ordnungen.“ Das Strategische Konzept des Bündnisses, Auswärtiges Amt, <http://www.auswaertiges-amt.de/3auspol/index.htm>, S.6,1.

gimes sind Kriege nach wie vor nicht zu gewinnen. Das aber ist von fataler Wirkung: Es verfestigt nicht nur den anti-westlichen Konsens. Auch der „Befreier“ aus dem Westen verursacht bei seinen Militäroperationen in der Zivilbevölkerung selbst hohe Opfer und wird so dem zu bekämpfenden Terroristen immer ähnlicher.

4. Das vorrangige Setzen auf militärische Lösungen hat bisher nur zu einem weiteren Zulauf terroristischer Netzwerke geführt. Die Aggression gegen Irak ist zu dem voraussehbaren Desaster geworden, in Afghanistan formieren sich Neo-Taliban. Die Politik doppelter Standards im Nahen und Mittleren Osten - einerseits gegenüber „Verbündeten“ des Westens, denen Demokratiedefizite nachgesehen werden, andererseits gegenüber Iran und Syrien als sog. „Schurkenstaaten“ - erweist sich zunehmend als zuspitzend und provoziert Letztere zu Gegenreaktionen, wie Iran zu seinem Atomprogramm.

Besonders negativ wirkt sich aus, dass im Windschatten der Terrorismusproblematik die Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes noch tiefer in die Sackgasse manövriert wurde. Das Weiterbestehen dieses Konfliktes ist einer der kardinalen Gründe für den radikalen islamistischen, antiwestlichen Widerstand.

5. Es ist offensichtlich, dass der „neue Gegner“ in seiner Ursprungsregion durch militärische oder politische Intervention von außen weder ausschalt-, noch besiegtbar ist. Er ist erst die Spitze des eigentlichen Eisberges: einer islamistischen gesellschaftspolitischen Fundamentalopposition im nah- und mittelöstlichen Raum. Er kann sich auf einen weit gehenden anti-westlichen, heute in erster Linie anti-amerikanischen, gesellschaftlichen Konsens stützen, dessen Wurzeln bis in die Kolonialzeit zurückreichen. In diesem Konsens bestehen seine Stärke und die Schwäche sämtlicher westlicher interventionistischer Gegenstrategien.

6. Auf der Defizitseite der Antiterror-Strategie wiegt besonders schwer, dass sie den Konflikt mit dem islamistischen Gegner in eine Regelungskrise geführt hat. Der Kern dieser Krise besteht darin, dass der Westen nicht die Frage beantwortet, worin die eigentlichen politische Schlüsselfragen der Bedrohung bestehen. Die Gefahren bleiben ungewichtet: Geht die größere Bedrohung von der asymmetrischen Kampfweise des Gegners aus, oder von seinen politischen Zielen und Absichten? Die Bedrohung wäre erst dann „fundamental“ und „epochal“, wenn sie sich auch politisch als unauflös- und regelbar erwiese. Solange das nicht geklärt ist, wird es nicht gelingen, die politische Dimension einer Konfliktregelung von ihrer militärischen zu emanzipieren. Gegenwärtig dominiert Letztere die politische, womit der Konflikt als Ganzes erhalten bleibt.

Als Fazit läßt sich feststellen, dass die bisherige Antiterrorstrategie weder pazifizierende Resultate herbei-, noch das Verhältnis zwischen dem Westen und der islamischen Welt aus seiner tiefen Sackgasse herauszuführen vermochte. Es besteht sogar die Gefahr einer weiteren Internationalisierung der Krise um den Terrorismus.

III. Wege aus der Krise – alternative Überlegungen

Europa ist es möglich, für sein Verhältnis zur islamischen Welt einen Weg einzuschlagen, der zu einem Modus vivendi friedlicher Koexistenz führt. Die politischen und gesellschaftspolitischen Ziele der islamistischen Gesellschaftsopposition sind im Großen und Ganzen bekannt. Auch die wesentlichen strukturellen Ursachen gesellschaftlicher Unzufriedenheit und Spannungen liegen nicht im Dunkeln: Unterentwicklung im umfassenden Sinne, Reform- und Demokratisierungsdefizite sowie jene anti-westliche Grundstimmung.

Für diese Ursachen und Zusammenhänge besteht in den politischen Kreisen der EU durchaus Problembewußtsein. Konkrete Bemühungen werden im Bereich der Entwick-

lungs- und Aussenpolitik unternommen. In der Aussenpolitik Deutschlands, Frankreichs und anderer Staaten ist das Bestreben zu begrüßen, den Konflikt mit Islam und der islamischen Welt nicht zuzuspitzen, sondern zu entspannen. Dazu zählt die wichtige Entscheidung, sich an der Militärintervention der USA in Irak nicht zu beteiligen. Auch gelang es ihnen, bei der Zielformulierung westlicher Reformpolitik gegenüber der nah- und mittelöstlichen Region, so in der G8-Initiative vom 8./9. Juni 2004, USA-Extremismen zurückzudrängen.

Zwar müssen die positiven Aspekte unterstützt werden. Sie reichen jedoch nicht aus, um den Kriegszustand und die Regelungskrise zu überwinden. Langfristige Maßnahmen, wie wirtschaftliche Hilfe zur Überwindung struktureller Ursachen des Terrorismusphänomens, von Unterentwicklung und Reformdefiziten erfordern Zeit und schaffen weder die Regelungskrise noch den Krieg aus der Welt. Dafür bedarf es einer Umorientierung auf eine friedliche politische Konfliktregelung. Das erheischt vor allem, dem Zusammenhang Rechnung zu tragen, der zwischen einem möglichst schnellen Überwinden des Kriegszustandes und einer erforderlichen Umorientierung europäischer Politik in einer Reihe grundlegender Fragen seiner Politik gegenüber der islamischen Welt, insbesondere dem Nahen und Mittleren Osten, besteht. Der Zusammenhang zwischen Beidem besteht in Folgendem: Im Westen kann die Friedensfrage für die islamische Welt nur dann glaubhaft formuliert und beantwortet werden, wenn mit ihr zugleich die Bereitschaft zu einer Umgestaltung des perspektivischen Verhältnisses zu Islam, Islamismus und ihren Trägern präsentiert wird. Letzteres wiederum wird dem Westen erst dann abgenommen, wenn er bereit ist, sich mit Vertretern der islamischen Welt über einen für beide Zivilisationen annehmbaren Umgang mit Globalisierung, wachsender Interdependenz und deren Wirkungen zu verständigen.

Folgende sofortige Handlungsmöglichkeiten bestehen: Das unmittelbare Ziel müssen die Überwindung des Kriegszustandes und der Übergang zu Vertrauensbildung sein. Dafür müßten kurzfristige Maßnahmen ergriffen werden, um pragmatisch zu ersten positiven Ergebnissen zu kommen. Daher sollte das Schwergewicht auf nicht-militärische Handlungsdimensionen verlagert werden, wofür vor allem ein politisch-diplomatisches Instrumentarium zu entwickeln wäre.

Eine erste elementare, nicht-militärische Handlungsdimension ist die fundierte Klärung, welche konkreten Streitfragen auszuräumen sind. Vor dem Hintergrund einer solchen Analyse wäre zu klären, welche friedlichen, politisch-diplomatischen Regelungsideen zu entwickeln sind, wie zwischen extremistischen und gemäßigten Islamisten differenziert werden kann, ob Gespräche und Vertrauensbildung möglich sind, mit wem und wie.

Eine weitere nicht-militärische, sofort realisierbare Handlung wäre die Demonstration europäischer Bereitschaft zu einem „Neuanfang“ im Verhältnis zur islamischen Welt. Die Anerkennung der Ganzheitlichkeit von gemeinsamer Sicherheit, Respektierung der jeweiligen zivilisatorischen Werte und Entwicklung bildet den Kern eines solchen Neuanfangs. Es kommt auf den Aufbau von Beziehungen an, die auf Kooperation und Koexistenz beruhen, ohne die jeweiligen Werte und Prinzipien aufzugeben.

Als Drittes sollte Europa für sofortige Entspannungsmaßnahmen im arabischen, west- und süd-west-asiatischen Raum eintreten. Für den nahöstlichen Raum besitzen absolute Priorität die unverzügliche Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts und die sofortige Beendigung der Okkupation Iraks durch jede Art westlicher Truppenpräsenz. Europa sollte die Forderungen des Generalsekretärs der Arabischen Liga, Amre Moussa, unterstützen: „Beendigung der Okkupation, Truppenabzug nach einem Zeit-

plan, Wiederaufbau Iraks (von den Irakern selbst geplant und beschlossen), volle Selbstbestimmung ihrer Zukunft durch die Iraker selbst und nicht durch Fremde.“⁶

Schließlich kann als wichtig gelten, das Zukunftsprofil europäischer Politik gegenüber dem islamischen Raum zu bestimmen. Hierbei geht es auch um ein selbstkritisches Überprüfen und Ausmerzen traditioneller Fehler westlicher Politik gegenüber diesem Raum. Die bis in die europäische Kolonialepoche zurückreichende Dominanzdimension im Umgang des Westens mit der islamischen Welt ist Teil des historischen Prozesses, in dem die Grundlagen des heutigen Terrorismusdilemmas entstanden. Es wird eines Prozesses bedürfen, sie auszuräumen. Doch dieser Prozeß muß jetzt begonnen werden!

IV. Friedensbewegung, Terrorismusdilemma und Friedensfrage

So richtig und wichtig es war, dass sich die europäische Friedensbewegung vom Krieg der Bush-Administration im Irak distanzierte, für die Beantwortung der Friedensfrage reicht das nicht mehr aus. Das Grundübel besteht in Folgendem: Solange sich europäische internationale Politik in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus nicht aus der Dominanz einer von der Bush-Administration geprägten militaristischen Mittelvorgabe zu emanzipieren vermag, oder eine solche Emanzipation nicht für erforderlich hält, werden weder die Regelungskrise noch der Krieg und seine Ursachen überwunden. Der selbstverschuldete Gesichtsverlust einer US-amerikanischen Administration kann für Europa kein bestimmendes Kriterium für die Neugestaltung seines Verhältnisses zur muslimisch/islamischen Welt sein.

Nach drei Jahren direkten und indirekten Krieges sollte die europäische Linke die Friedensfrage ins Zentrum der Diskussion rücken: Wie kommen wir zurück zum Frieden? Welche Wege führen heraus aus dem Terrorismusdilemma, beugen seiner weiteren Internationalisierung und Verstetigung vor?

In diesem Sinne sollte die Linke Fraktion des Europäischen Parlaments dazu erstens, ihre Möglichkeiten zu einer parlamentarischen Initiative prüfen und, zweitens, den Dialog mit islamischen Gesellschaftsvertretern suchen, in dem gemeinsam ein Ausweg aus dem Terrorismusdilemma beraten wird. Im Unterschied zur Position der Machtzentren sind in den Dialog *auch* radikal-islamistische Vertreter einzubeziehen, weil gerade mit ihnen ein gewaltfreies, koexistenzielles Verhältnis gesucht und gefunden werden muß.

Als Auftakt wäre in einem solchen Dialog zu leisten, wovon die Mächtezentren zurückscheuen:

1. Die Frage nach dem politischen Kern der Bedrohung beantworten. Zu klären ist, welchen sozialen Charakters ihre anti-westliche, auch anti-säkulare Bewegung ist, und welche konkreten Streitfragen auszuräumen sind. Vor diesem Hintergrund wäre zu ergründen, welche friedlichen, politisch-diplomatischen Regelungsideen zu entwickeln sind, wie zwischen extremistischen und gemäßigten Islamisten differenziert werden kann, ob Gespräche und Vertrauensbildung möglich sind, mit wem und wie.
2. Ergründen, auf welchen Grundlagen eine koexistenzielle „Geschäftsgrundlage“ errichtet werden könnte.

⁶ Amre Moussa, The Future of Arab American Relations: Time for a New Outlook, Speech at the American Chamber of Commerce in Egypt, 29.6.2004. In: www.arableagueonline.org, 17.08.2004

Als Ausgangsposition für einen solchen Dialog bedürfen die Vertreter der Friedensbewegung einer eigenen demokratischen Distinktion, welche sie als alternative Kraft zur Grundphilosophie der Machtzentren ausweist. Dazu liegen erste Überlegungen vor.

Die Zeit drängt! Nicht nur, weil es den Krieg zu beenden, sondern auch irreversible Schäden an der demokratischen Disposition Europas und an den internationalen Beziehungen zu verhindern gilt.

Anhang

Erfordernis eines Paradigmenwechsels, neuer politischer Prioritäten und Handlungsweisen

Für nicht-militärische und politisch-diplomatische Handlungen bieten sich folgende Aktionsräume an:

1. Klärung der Frage nach dem politischen Kern der Bedrohung. Eine erste elementare, nicht-militärische Handlungsdimension ist die fundierte Klärung der „Kriegsziele“ des „neuen Gegners“ und seiner Motive. Davon hängt die Beantwortung der Frage ab, wie man zum Frieden gelangen könnte. Aufzuhellen sind folgende Fragen: Welche Widersprüche zum Westen motivieren islamistische Kräfte, gegen diesen in den Krieg zu ziehen? Welchen sozialen Charakters ist ihre anti-westliche, auch anti-säkulare Bewegung? Welche konkreten Streitfragen sind auszuräumen?⁷

Zu beantworten wäre auch die Frage, worin Islamisten, *gerade die zur Gewalt greifendes*, Recht haben könnten. (Z.B. in der Ablehnung der Besetzung und Annexion palästinensischer Territorien, im Kampf um die Befreiung Iraks u.a.).

Vor dem Hintergrund einer solchen Motivations- und Zielanalyse wäre zu klären, welche friedlichen, politisch-diplomatischen Regelungsideen zu entwickeln sind, wie zwischen extremistischen und gemäßigten Islamisten differenziert werden kann, ob Gespräche und Vertrauensbildung möglich sind, mit wem und wie.

2. Entschlossenheit zu einem Paradigmenwechsel im europäischen Verhältnis zur islamischen Welt demonstrieren. Eine weitere zentrale, nicht-militärische, sofort realisierbare Handlung wäre die Demonstration europäischer Bereitschaft zu einem „Neuanfang“ im Verhältnis zur islamischen Welt. Die Gewährleistung einer gemeinsamen Perspektive unserer unterschiedlichen Zivilisationen ist der Kern des Paradigmenwechsels. Diese Perspektive beruht auf der Anerkennung der Ganzheitlichkeit von gemeinsamer Sicherheit, Respektierung der jeweiligen zivilisatorischen Werte und Entwicklung.

Ein solcher Paradigmenwechsel ist von zentraler Bedeutung. Er entspricht dem Erfordernis einer neuen europäischen politischen Strategie in Bezug auf Islam und, differenziert, auch seine politischen Vertreter. Sie hat die gegenwärtigen Ziele - Überwinden des Kriegszustandes und Vertrauensbildung – durch eine konzeptionelle Perspektive abzu-

⁷ Was wollen Islamisten wirklich? Wollen sie die westliche Zivilisation vernichten? Wollen sie tatsächlich „die Ermordung aller Ungläubigen, um einen weltweiten Gottesstaat zu errichten“? In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 28.3.2004.

sichern und umgekehrt. Diese muß von der Erkenntnis ausgehen, dass Stabilität im Verhältnis zwischen den muslimischen Nachbarregionen und Europa zukünftig nur durch die Respektierung der Integrität der Zivilisation des Anderen sowie der Unterschiedlichkeit seiner Gesellschaften und ihrer politischen Systeme möglich ist. Das bedeutet zwar den Verzicht auf Missionarismus, nicht aber die Aufgabe von Werten und Prinzipien. Es kommt auf den Aufbau von Beziehungen an, die auf Kooperation und Koexistenz beruhen.

Auch unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten bedeutet ein solcher Paradigmenwechsel keinen Abstrich von europäischer Sicherheit, weil ein Europäischer Sicherheitsraum ohne die Stabilität seiner muslimischen Nachbarregionen und ein stabiles Verhältnisses zwischen beiden nicht machbar ist.

Auf beiden Gebieten hat Europa vielfältige historische Traditionen und Erfahrungen aus dem KSZE- und europäischen Einigungsprozeß. Der KSZE-Prozeß verlief nur deshalb erfolgreich, weil das Vermeiden einer kriegesischen Konfrontation zwischen den damaligen antagonistischen Ordnungen eine strategische und keine taktische Absicht war. In diesen Erfahrungen besteht Europas wirkliche politische Stärke. Sie kann sich auch heute als wertvoll erweisen, wenn es darum geht, religiöse und zivilisatorische Feindschaft einzuhegen. Das erheischt, Widersprüche und Streitfragen auf ihren eigentlichen sachlichen Kern zu reduzieren, um die Felder von Übereinstimmung oder Dissens und, darauf aufbauend, Auswege bestimmen zu können: Zusammenarbeit auf der Grundlage von Gemeinsamkeiten, gewaltfreie Koexistenz in den Fragen, in denen tiefere Widersprüche bestehen.

Um den strategischen Charakter des Paradigmenwechsels glaubhaft zu untermauern, sollten dementsprechende aussenpolitische Maßnahmen gegenüber den islamischen Nachbarregionen eingeleitet werden – gegenüber denen des eigenen politischen Raums der OSZE, den unmittelbaren geographischen Nachbarn des OSZE-Raums Türkei, Iran, Afghanistan sowie des Mittelmeerraums und den weiteren Staaten.

3. Integrative Strategien für den Umgang mit dem „islamischen Faktor“ im eigenen euro-asiatischen Raum der OSZE entwickeln. Die Ernsthaftigkeit Europas, sein Verhältnis zu Islam, muslimischer Bevölkerung und den politischen Vertretern des Islam auf neue Grundlagen zu stellen, ließe sich sofort gegenüber den muslimischen Regionen des OSZE-Raumes demonstrieren. Das hätte eine positive Signalwirkung sowohl in die islamische Welt, als auch in unsere eigenen multinationalen und -religiösen Gesellschaften, welchen das „zivilisatorische Verdauen“ gewaltiger Integrationsprozesse im Rahmen einer erweiterten EU erst noch bevor steht. Teil dieses Integrationsprozesses sind die ca. 13 Millionen Muslime, die im EU-Raum leben.

Weder in der neuen Sicherheitsstrategie der EU, noch in der OSZE wird der Tatsache ausreichend Rechnung getragen, dass der Islam und die sich auf ihn beziehenden Bevölkerungen, Eliten, religiösen und politischen Vertreter im asiatischen Raum der OSZE, insbesondere in Zentralasien und Kaukasus, eine permanente zivilisatorische und politische Größe von strategischer Bedeutung sind. Im Hinblick auf den Umgang mit jener asiatischen „Insel nicht-christlicher Kultur“ mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit besteht in Europa ein tiefes konzeptionelles Vakuum. Grundsätzliche Fragen harren auf Antworten: Zu den grundsätzlichen Problemen zählt die Tatsache, dass Stabilisierungs- und Sicherheitsstrategien unter den konkreten Bedingungen Zentralasiens um eine Koexistenz zwischen Säkularismus und Islam - nach innen im Staatsformungsprozess, nach aussen im Verhältnis zum Westen - nicht herumkommt.

Zurzeit dominiert der Drang, den dortigen muslimischen Gesellschaften mit dem Werteacquis der OSZE auch das westliche zivilisatorische Selbstverständnis überzustülpen. Das erreichen zu können, ist allerdings eine Illusion. Vielmehr sollten sich Eu-

ropa und die OSZE zu einer Neubestimmung ihres Verhältnisses zum politischen Islam im eigenen Raum entschließen. Der Kernpunkt dafür ist, Islam einerseits in seiner Komplexität als Religion, Weltanschauung und Regelwerk sozialen Verhaltens sowie andererseits in seinen staats- und rechtsgestaltenden Wirkungen in Rechnung zu stellen. Damit ist es angebracht, das hinter dem Islam stehende gesellschaftliche Potenzial als strategischen Faktor für die Stabilitätspolitik der OSZE zu berücksichtigen und zu nutzen. Auf einfache Formeln gebracht lauten die zu beantwortenden Fragen: Wie ist Stabilitätspolitik gegenüber einer "Insel nicht-christlicher Kultur" mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit im OSZE-Raum zu gestalten? Wie kann für den gemeinsamen politischen Raum eine gemeinsame Perspektive seiner unterschiedlichen Zivilisationen gestaltet werden? Kann und soll der islamische Faktor Teil kooperativer Sicherheits- und Stabilitätsstrategien der OSZE sein?

Diese Frage sollte von der europäischen Sicherheitspolitik mit einer *integrativen* Strategie der Einpassung des islamischen Faktors in den europäischen Stabilitätsraum beantwortet werden. Diese Aufgabe ist mit Militärstützpunkten nicht zu lösen. Vielmehr geht es in erster Linie um eine effektive Entspannung des zivilisatorischen Konfliktpotentials, welches das säkulare-islamische Spannungsverhältnis in Zentralasien in sich birgt. Eine dementsprechende Strategie hätte auf die säkularen und islamischen Akteure ausgleichend einzuwirken. Dafür müßte die OSZE die erforderlichen multilateralen Steuerungskonzepte und –instrumente zu schaffen. Um Kooperation und Koexistenz zu erreichen, müssen muslimische Würdenträger und islamische Politiker als Partner für kooperative Stabilität und Sicherheit in der OSZE-Region gewonnen werden.

4. Sofortmaßnahmen für den islamischen Raum ausarbeiten. Europa sollte für sofortige Entspannungsmaßnahmen im arabischen, west- und süd-west-asiatischen Raum eintreten. Für den nahöstlichen Raum besitzen absolute Priorität die unverzügliche Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts und die sofortige Beendigung der Okkupation Iraks durch jede Art westlicher Truppenpräsenz. Europa sollte die Forderungen des Generalsekretärs der Arabischen Liga, Amre Moussa, unterstützen: „Beendigung der Okkupation, Truppenabzug nach einem Zeitplan, Wiederaufbau Iraks (von den Irakern selbst geplant und beschlossen), volle Selbstbestimmung ihrer Zukunft durch die Iraker selbst und nicht durch Fremde.“⁸

5. Das konzeptionelle Zukunftsprofil europäischer Politik gegenüber dem islamischen Raum bestimmen. Eine dritte, unerläßliche Handlungsrichtung ist das selbstkritische Überprüfen und Ausmerzen traditioneller Fehler westlicher Politik gegenüber diesem Raum. „Neues Denken“ ist vor allem hinsichtlich folgender grundsätzlicher Aspekte überreif:

Erstens müßte das Verhältnis Europas zum Phänomen „islamische Revolution“, zu Iran sowie zum Umgang mit sozialer Spezifik der dortigen Gesellschaften im weiteren Sinne neu bestimmt werden. Es ist von tiefer Abneigung, ja Ignoranz gegenüber der Tatsache geprägt, dass sich im nah- und mittelöstlichen Raum eine islamistische gesellschaftliche Fundamentalopposition herausgebildet hat und weiter ausbreitet. Schon seit Langem kann in keinem muslimischen Land mehr *gegen* islamische Opposition regiert werden. Ohne, oder gar gegen sie werden auch die Modernisierung und Demokratisierung der Gesellschaften dieses Raumes nicht möglich sein. Sicherlich wird es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis auch äußere Beziehungen zu islamischen Staaten

⁸ Amre Moussa, The Future of Arab American Relations: Time for a New Outlook, Speech at the American Chamber of Commerce in Egypt, 29.6.2004. In: www.arableagueonline.org 17.08.2004

nicht mehr gegen und ohne islamische Oppositionsvertreter, deren Normen und Bedingungen funktionieren werden.

Nach seiner Herausforderung durch das Lager sozialistischer Staaten steht der Westen zum zweiten Mal in der Nachkriegsgeschichte einer Situation gegenüber, wo in einer weltgeschichtlich, politisch und wirtschaftlich bedeutsamen Region eine gesellschaftlich ernstzunehmende Bewegung seinen Konzepten und Auffassungen von Modernisierung die Gefolgschaft verweigert. Das ist eine wirklich große Herausforderung, die seine Fähigkeit zu kritischem Umgang mit sich selbst und Demokratie in internationalen Belangen echt herausfordert.

Diesen Tatsachen zum Trotz entschließt sich die westliche Politik ihr gegenüber nicht zu integrativen Strategien.

Daher bleiben wichtige Fragen ungeklärt: Wie stellt sich Europa zur „islamischen Straße“, sollte diese weitere, vom Westen präferierte und protegierte Regimes in Schwierigkeiten bringen? Welche Lehren wurden aus Algerien gezogen?

Schließlich ist Neues Denken auch hinsichtlich einer *neuen Ethik* im Verhalten gegenüber anderen, nicht-christlichen, nicht-westlichen Kulturen und Lebensweisen angebracht. Es ist keineswegs globalisierungsimmanent, dass westliche Touristen in ihren „Kulturoasen“, oder mit Sextourismus respektlos mit Normen und Empfindsamkeiten anderer Religionen umgehen.

Zweitens gilt es, sich von dem im Windschatten der Antiterrorstrategie boomenden Irrglaube zu verabschieden, die islamischen Gesellschaften ließen sich nach den Standards der westeuropäischen oder US-amerikanischen Demokratiemodelle modernisieren.

Den Kern darauf fußender Strategien bildet zurzeit das Streben, fremde Herrschaftssysteme von außen zu „demokratisieren“. In ihm stehen sich im westlichen Bündnis zwei Vorgehensweisen gegenüber: Die eine will zu „Demokratie über das Schlachtfeld“. Sie praktiziert die Bush-Administration im Irak. Die andere lehnt zum Glück das Schlachtfeld ab und setzt auf ein „weiches“ Vorgehen. Jener Strategie einer demokratisierenden Intervention von außen entsprechen auch eine Reihe der Kriterien für „soziale Reformen in Staat und Gesellschaft“, die der deutsche Außenminister in seiner neuen „transatlantischen Initiative für den Nahen und Mittleren Osten“⁹ zum „Prinzip“ erklärt, zu dem sich die islamischen Länder dieses Raums bekennen sollen. Auch gegenüber Afghanistan wird sie mit weitgehend unrealistischen Vorgaben und Erfolgskriterien verfolgt.

Während im Westen diese Strategie mit den Sachzwängen von Globalisierung und wachsender Interdependenz als unausweichlich begründet wird, stößt sie in der islamischen Welt auf Besorgnis. Nicht nur ökonomische Aspekte der Globalisierung werden dort kritisch gesehen. Noch empfindlicher reagiert man auf die wertemäßige und kulturelle Bevormundung, die als kultureller Imperialismus verstanden wird. So bewertet Irans Präsident Khatami „Das Phänomen der Globalisierung“ als „einen sehr kritischen Aspekt der gegenwärtigen globalen politischen und kulturellen Situation. Wenn die Transformation von Strukturen und Fundamenten mit einer selbstgerechten, totalitären Interpretation von Moral und Kultur verbunden wird, dann wird diese unvermeidlich zu einer politischen und menschlichen Bedrohung.“¹⁰

Die Verdächtigung, der Westen betreibe unter dem Vorwand von Globalisierung kulturellen Imperialismus, sollte in Europa sehr ernst genommen werden. Wenn die west-

⁹ Rede von Bundesaußenminister Fischer auf der 40. Münchener Konferenz über Sicherheitspolitik, München, 07.02.2004, Auswärtiges Amt, http://www.auswaertiges-amt.de/www/ausgabe_archiv_id=5337, 01.04.04

¹⁰ Seyyed Mohammad Khatami, Statement at the XIII Summit of the Non-Aligned Movement, Kuala Lumpur, 24 Febr. 2003. In: www.president.ir/eng/khatami/speeches-15htm, S. 2

liche Wertegemeinschaft, die den ökonomischen Motor der Globalisierung antreibt, sich zugleich als Normensetzer der internationalen zivilisatorischen Rahmenbedingungen für die Globalisierung betätigt, dann wird sie die Aggressivität der wirtschaftlichen Globalisierungsprozesse auch auf das Feld der inter-zivilisatorischen Beziehungen übertragen. Darauf werden vor allem die Träger jener Zivilisationen, Kulturen und Religionen negativ bis aggressiv reagieren, welche nicht zu den Triebkräften der Globalisierung, sondern zu ihren *Objekten* zählen. Sie aber sind die Mehrheit der Völker der sog. Dritten Welt, die islamischen eingeschlossen.

Somit dürfte kultureller Imperialismus, verkörpert im dem Bestreben, die islamische Welt nach dem westlichen Gesellschaftsmodell zu reformieren und demokratisieren zu wollen, für das Auflösen der Ursachen des Terrorismusphänomens eher hinderlich sein. Es ist deshalb kritisch zu überprüfen, ob kultureller Imperialismus im Kontext der Globalisierung nicht zu einer der wichtigsten Provokationen dieses Teils der Weltgemeinschaft wird. Es ist zu klären, ob diese negative Besetzung der Globalisierung unvermeidlich, oder nicht vielmehr die Kehrseite neoliberaler Globalisierungsstrategien ist (Der globale neoliberale Turbokapitalismus produziert seinen globalen Turbo-Kulturimperialismus.)

Zu fragen ist auch, ob Europa, folgt es weiterhin der Strategie „demokratisierender Intervention“ auch in der islamischen Welt, nicht erneut in einen zwar „modernisierten“, aber deshalb nicht weniger unheilvollen Teufelskreis der ideologischen Fundamente seiner kolonialen Epoche zurückfällt. Diese Befürchtung ist schon deshalb nicht aus der Luft gegriffen, weil die heutigen Grundlagen des Umgangs mit Muslimen und Islam im Stile von Orientalismus, Vorurteilen und Fremdzeichen jener Periode entstammen und nie gründlich überwunden wurden. Vieles davon ist im Windschatten der Anti-Terrorstrategie bereits wieder im Gange.